

(Abg. Jochem (FDP))

Saarland. Wir werden die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, die eine zukunftsorientierte und verantwortungsvolle Standortpolitik für Industrie und Bevölkerung ermöglichen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank Herr Abgeordneter Jochem. - Zur Begründung des Antrags der SPD-Landtagsfraktion Drucksache 14/330 hat nun Frau Abgeordnete Anke Rehlinger das Wort.

(Beifall von den Oppositionsfractionen. - Zurufe.)

Abg. Rehlinger (SPD):

Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! In der aktuellen Debatte nimmt die Energiepolitik einen immer breiteren Raum ein. Ich bin der Auffassung, dass dies gut so ist. Denn damit wird der Bedeutung, die die dieses Thema für die Zukunft unseres Landes hat, Rechnung getragen. Es ist eine gute Chance, um einen breiten öffentlichen Diskurs zu eröffnen und für die Positionen zu werben. Ich bin ebenfalls der festen Überzeugung, dass der energiepolitische Kurs nur dann umgesetzt werden kann, wenn er auf breite öffentliche Zustimmung stößt. Das geht natürlich nur, wenn man Wirtschaft, Verbände und die Bevölkerung einbezieht und diesen Kurs mit ihnen abstimmt.

Nach unserer Auffassung muss sich dieser Kurs an folgenden Kriterien orientieren: Er muss nachhaltig sein. Er muss also ausgestaltet sein, ohne den nachfolgenden Generationen unnötige Umweltbelastungen aufzubürden. Dies betrifft vor allem die Klimaschutzdebatte. Er muss ebenfalls dem Kriterium der Sicherheit entsprechen. Wir brauchen zu jeder Zeit stabile Netze und es muss eine ausreichende Menge an Strom verfügbar sein. Er muss letztlich auch bezahlbar sein, das heißt, bezahlbar für Wirtschaft und Privathaushalte. Das ist im wirtschaftspolitischen Sinne ein Standortfaktor. Was die Privathaushalte angeht, muss man sicherlich im Auge behalten, dass Energie kein Privileg sein darf. Eine warme Wohnung oder eine Tankfüllung dürfen nicht zum Privileg werden. Alles zusammengefasst muss man als Überschrift wählen: All dies muss machbar sein. Es wird entscheidend darauf ankommen, alle Kriterien so auszugestalten und so zueinander auszurichten, dass keines verdrängt wird.

Meiner Einschätzung nach gibt es in den Parteien im Hinblick auf die von mir eben genannten Kriterien auch keinen Dissens. Das entnehme ich zumindest den Überschriften der uns heute vorliegenden Anträge. Strittig wird die Debatte allerdings dann, wenn es darum geht, in welchem Verhältnis diese drei Kriteri-

en zueinander stehen sollen, welche Gewichtung jedes einzelne Kriterium haben soll.

Klar ist jedoch auch, dass wir, und zwar sehr kurzfristig, in unserer Energiepolitik umsteuern müssen. Wenn wir die 2050-Ziele in Sachen Klimaschutz erreichen wollen, müssen wir uns in den nächsten fünf Jahren auf den Weg machen. Und selbst dann, meine Damen und Herren, wird es noch schwer genug.

(Sprechen zwischen dem Abgeordneten Becker (CDU) und Ministerin Dr. Peter an der Regierungsbank.)

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat deutlich gemacht, welchen Weg sie gehen möchte. Schwarz-Gelb will zurück in das letzte Jahrhundert, Schwarz-Gelb will den Wiedereinstieg - -

Vizepräsidentin Ries:

Entschuldigung, Frau Rehlinger. - Herr Abgeordneter Becker, es stört unheimlich, dass Sie hier Gespräche führen.

Abg. Rehlinger (SPD):

Mich nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Becker (CDU).)

Trotzdem vielen Dank. Schwarz-Gelb will zurück in das letzte Jahrhundert. Es will einen Wiedereinstieg in die Atomenergie. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Weg, den wir politisch so nicht mehr gehen wollen.

(Beifall bei den Oppositionsfractionen.)

Es ist auch ein Weg, den ein Großteil dieser Gesellschaft nicht mitgehen möchte. Diese Politik richtet sich damit gegen den breiten Willen der Gesellschaft. Sie ist überdies aufgrund der bekannten Sicherheitsrisiken von AKWs und der ungeklärten Endlagerfrage unverantwortlich.

Aus diesem Grund sind wir auch der Auffassung, dass alles nur Mögliche unternommen werden muss, damit der Ausstieg aus dem Ausstieg verhindert wird. Der Bundesrat mit seiner neu entstandenen Mehrheit könnte das erreichen. Allerdings hat die Bundesregierung entschieden, ihn in dieser Frage erst gar nicht zu beteiligen. Das ist verfassungswidrig, meine sehr verehrten Damen und Herren, und die SPD-geführten Länder wie auch die Bundes-SPD - im Übrigen auch die GRÜNEN im Bund - wollen deshalb gegen das Gesetz klagen. Auch ich fordere an dieser Stelle die saarländische Landesregierung erneut auf, Klage einzureichen.

(Beifall bei den Oppositionsfractionen.)

Eine glaubwürdige Anti-Atompolitik geht nur, wenn man alle Möglichkeiten ausschöpft, um eine Laufzeitverlängerung zu verhindern. Wenn das Saarland

(Abg. Rehlinger (SPD))

nicht klagt, meine sehr verehrten Damen und Herren, verlieren auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihre Glaubwürdigkeit und das Nein zur Verlängerung der Laufzeiten im Koalitionsvertrag ist das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben steht.

Kolleginnen und Kollegen, auch wenn diese Entscheidungen auf Bundesebene die Rahmenbedingungen für eine saarländische Energiepolitik wesentlich beeinflussen, will ich im Folgenden den Fokus noch auf die speziellen saarländischen Anforderungen an ein zukünftiges, auch zukunftsfähiges Energiekonzept in unserem Lande richten. Fest steht, in den letzten Jahren ist so gut wie nichts gelaufen. Es gab weder eine aktive Energiepolitik noch eine aktive Industriepolitik. Wir fangen also ganz unten an. Das Saarland hatte ehemals eine Vorreiterrolle - -

(Zuruf von der Regierungsbank.)

Ich weiß nicht, ob Sie es bestreiten, Herr Hartmann, dass das Saarland, was den Ausbau der erneuerbaren Energien betrifft, auf dem letzten Platz des Bundesländer-Rankings steht. Bevor die CDU-Regierung in diesem Land anfang, waren wir Vorreiter. Nichts anderes habe ich eben zum Ausdruck bringen wollen. Im Übrigen ist das auch etwas, was der Kollege Jochem an dieser Stelle immer wieder betont hat. Das Saarland ist Schlusslicht, wenn es darum geht, erneuerbare Energien voranzutreiben. Insofern, Frau Ministerin, stehen die Chancen gut. Es kann an dieser Stelle nur besser werden.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Die Ziele, die hier formuliert werden, sind durchaus ambitioniert.

Wir können auch Übereinstimmung feststellen, was die Zielgrößen angeht. Auch wir als SPD-Landtagsfraktion unterstützen das Ziel, bis 2020 rund 20 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energiequellen zu decken. Dies gilt im Übrigen auch für den Wärmebereich, auch dort wollen wir einen signifikanten Anstieg herbeiführen.

Klar ist auch, dass das Energiekonzept sich an diesen Richtgrößen zu orientieren hat, wobei ich an dieser Stelle auch ausdrücklich begrüßen möchte, dass die Landesregierung das IZES damit beauftragt hat, dieses Energiekonzept aufzustellen, ein Institut, das hoch kompetent ist, in den Jahren der CDU-Alleinregierung allerdings stiefmütterlich behandelt wurde. Das scheint zumindest derzeit ein Ende gefunden zu haben.

Kolleginnen und Kollegen, unserer Auffassung nach sollte das saarländische Energiekonzept auf drei Säulen beruhen: Erstens Energieeffizienz, zweitens Ausbau erneuerbarer Energien, drittens Erneuerung des Kraftwerksparks.

Beim Thema Energieeffizienz gilt es zunächst einmal, diese Debatte viel stärker noch als in der Vergangenheit in die Öffentlichkeit zu tragen; denn das Energiesparen ist ein wesentlicher Beitrag zur weiteren Energiesicherheit. Durch effizientere Stromanwendung in der Industrie, in den privaten Haushalten und im Dienstleistungsbereich können schon heute rund 25 Prozent der Stromerzeugung wirtschaftlich eingespart werden. Diese Möglichkeiten müssen wir nutzen. In unserem Antrag haben wir hierzu auch konkrete Vorschläge gemacht, die ich nur noch einmal stichwortartig nennen möchte: Effektives Gebäudemanagement, umfassende CO₂-Gebäudesanierung, sowohl beim Land als auch bei den Kommunen und das Engagement zur Einführung des Top-Runner-Modells.

Ausdrücklich begrüßen will ich in diesem Zusammenhang auch, dass unter Leitung des IZES und gefördert mit Bundes- und Landesmitteln ein Energieeffizienz-Netzwerk eingerichtet worden ist, in dem sich die energieintensiven Betriebe zusammenschließen, um weitere Potenziale für sich zu erschließen, wie man Energie an dieser Stelle sparen kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns gilt nach wie vor der Grundsatz: Die beste Energie ist diejenige, die erst gar nicht verbraucht wird.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Was den Ausbau der erneuerbaren Energien angeht, habe ich bereits zwei wichtige Aspekte angesprochen: Erstens, bei der Vorgängerregierung ist so gut wie nichts gelaufen. Zweitens sehe ich in der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke einen Hemmschuh für den Ausbau der erneuerbaren Energien, weil sie - das ist, glaube ich, mittlerweile hinreichend belegt - in großem Umfang die Netze blockieren.

Wie dem auch sei, wir müssen dennoch alle Anstrengungen unternehmen, um die gesteckten Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien zu erreichen. Wir müssen dabei aber auch alle regenerativen Energieformen mit einbeziehen, das heißt Wind- und Solarenergie genauso wie Geothermie, aber auch Biomasse. An dieser Stelle sei mir aber auch die Bemerkung erlaubt: Dabei muss vor allem auch die Bevölkerung einbezogen werden. Sieht man sich die Debatten in der Vergangenheit an, die in der Öffentlichkeit hierzu gelaufen sind, lässt sich leicht ablesen, dass wir alle noch erhebliche Überzeugungsarbeit leisten müssen, um den Weg freizumachen hin zu mehr erneuerbaren Energien.

Kolleginnen und Kollegen, bei aller Bedeutung des Ausbaus erneuerbarer Energien dürfen wir aber gerade aus saarländischer Perspektive unsere Kraftwerklandschaft nicht aus den Augen verlieren. Dies ist insbesondere im Zusammenspiel mit dem Saarland als Industrieland von existenzieller Bedeutung.

(Abg. Rehlinger (SPD))

Die hier im Saarland angesiedelten Industriebetriebe, gleich ob sie aus der Stahlindustrie oder aus der Automobilindustrie kommen, sind auf eine verlässliche, vor Ort produzierte und bezahlbare Stromversorgung angewiesen. Diese muss wohl auch über 2020 hinaus durch große Kraftwerke gewährleistet werden.

Hierzu sind erhebliche Modernisierungsmaßnahmen im Kraftwerkspark unumgänglich. Meine sehr verehrten, Damen und Herren, wir bekennen uns klar zum Kraftwerksstandort Saarland und begrüßen auch alle Modernisierungsmaßnahmen in diesem Zusammenhang, zumal sie zur Steigerung von Effizienz und Wirkungsgraden und damit auch zum Klimaschutz beitragen. Dieses klare Bekenntnis vermisse ich allerdings bei der Landesregierung. Es entsteht bisweilen der Eindruck, als seien Kraftwerksbetreiber und -mitarbeiter gerade noch zu dulden, als befänden sie sich eher in der Ecke der Schmutzkinder. Diese Bewertung machen wir uns ausdrücklich nicht zu eigen. Das Saarland ist ein Energieland. Es ist ein Industrieland. Wir wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Wir als SPD-Landtagsfraktion sind für den Ausbau von erneuerbaren Energien. Wir bekennen uns aber klar zum Saarland als Kraftwerksstandort auch aufgrund der regionalen Wertschöpfung, die damit verbunden ist.

(Beifall des Abgeordneten Jost (SPD).)

Herr Kollege Jost, verehrte Damen und Herren, die Landesregierung ist deshalb aufgefordert, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen. Dazu muss aber die Landesregierung aus ihrer passiven Haltung gegenüber den Kraftwerksbetreibern heraus und eine aktive Rolle übernehmen. Wir fordern die Landesregierung auf, zusammen mit der Energiewirtschaft, den saarländischen Unternehmen und den kommunalen Versorgern Eckpunkte eines gemeinsamen Kraftwerkskonzeptes zu entwickeln. Da scheint es, zumindest wenn man sich die öffentliche Debatte ansieht, noch erheblichen Kommunikationsbedarf und auch Abstimmungsbedarf zu geben. Wir fordern Sie auf, Ihre grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber einem Kraftwerksneubau aufzugeben, genauso wie wir Sie dazu auffordern, die grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber der Steinkohle als Energieträger aufzugeben.

(Beifall des Abgeordneten Jost (SPD).)

Diese ideologisch motivierte Haltung schadet unserer Auffassung nach dem Energiestandort und damit auch dem Industriestandort Saarland. Ich frage Sie, was spricht eigentlich gegen ein hochmodernes, als Gemeinschaftskraftwerk konzipiertes Modellkraftwerk, in dem neueste Technik zum Einsatz kommt

und höchste Wirkungsgrade erreicht werden? Diese Antwort steht hier noch aus.

(Beifall von der SPD.)

Wir erwarten von der saarländischen Landesregierung, dass diese Debatte ergebnisoffen und mit einem klaren Bekenntnis zum Kraftwerksstandort geführt wird. Dies gilt natürlich insbesondere für den Kraftwerksstandort Ensdorf, der aufgrund seiner saarländischen Besonderheit sehr symbolträchtig ist. Auch hier stehen Sie in der Verantwortung. Ich meine, mit einem Besuch ist es an dieser Stelle nicht getan.

(Beifall bei der SPD.)

Werte Kolleginnen und Kollegen, die zukünftige Ausrichtung der saarländischen Energiepolitik stellt eine große Herausforderung dar. Nur wenn wir es schaffen, Ökonomie und Ökologie in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen, werden wir dieser Herausforderung gerecht werden. Frau Ministerin, meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns gilt: Vorrangpolitik für erneuerbare Energien ja, aber nicht ohne die Bedürfnisse der saarländischen Wirtschaft angemessen zu berücksichtigen. Eine massenhafte Gefährdung von Arbeitsplätzen durch falsche energie- und damit auch industriepolitische Entscheidungen hätten fatale Folgen für die Menschen im Saarland. So weit darf es nicht kommen. Ich hoffe auf ein überzeugendes Energiekonzept. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Rehlinger. - Zur Begründung des Antrages der DIE LINKE-Landtagsfraktion, Drucksache 14/332, erteile ich Frau Abgeordnete Dagmar Ensch-Engel das Wort.

Abg. Ensch-Engel (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach der Lektüre des Antrags der Regierungsfractionen dachte ich: Toll, großes Kino, eine Superlative nach der anderen. Natürlich haben wir alle Ziele. Aber ich bin da ein bisschen realistischer. Und nach genauem Durchlesen habe ich erfasst, dass in Ihrem Antrag eigentlich nichts Greifbares steht, dass er lückenhaft ist und die wichtigen Themen, die uns bewegen, nicht betrifft.

(Zuruf von der CDU.)

Das sage ich Ihnen gleich. Hören Sie nur richtig zu. - Wie wir alle wissen, ist die Energieversorgung eine der großen Herausforderungen unserer Zeit, eine Aufgabe, die es unter Berücksichtigung vieler Faktoren zu meistern gilt. Es ist eine Aufgabe, die keinen Aufschub mehr zulässt, die aber auch keinen Fehler